**Resolution zur Sicherung eines Wirtschaftsstandorts**

Nach den am 02. Dezember gemeinsam von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten gefassten

Beschlüssen fordert der Rat der Gemeinde Eitorf umfangreiche Kompensationen für die WECO

Pyrotechnische Fabrik GmbH und die darüber hinaus betroffenen Unternehmen und Zulieferer zur

Standortsicherung.

Das generelle Verkaufsverbot von Pyrotechnik trifft die gesamte Pyrotechnikbranche, insbesondere

die Marktführerin WECO Pyrotechnische Fabrik GmbH aus Eitorf, in einer besonderen Härte.

Für uns in Eitorf ist die Feuerwerksbranche ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die langfristigen

wirtschaftlichen Folgen betreffen auch in großem Rahmen die Arbeitsplatzsituation an den

verschiedenen WECO Werken. Durch ein erneutes Verkaufsverbot und den Wegfall von dringend

benötigten Verkaufserlösen, nun schon im zweiten Jahr, sind allein in Eitorf zahlreiche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter akut vom Verlust ihrer Arbeitsplätze betroffen. Eine belastende

Situation für die Angestellten, kurz vor Weihnachten.

Ein Wegbrechen der pyrotechnischen Industrie trifft die Gemeinde Eitorf auch in ihren

haushälterischen Angelegenheiten hart. Als Weltmarktführer leistet die WECO einen wesentlichen

Beitrag für den bereits angeschlagenen gemeinschaftlichen kommunalen Haushalt.

Es ist zu befürchten, dass ein Verkaufsverbot von zugelassenen, geprüften Feuerwerkskörpern zu

einem Anstieg der Einfuhr und Verwendung gefährlichen und illegalen Feuerwerks führen wird. Dies

kann zu schweren Verletzungen und einer Mehrbelastung der Notaufnahmen und Intensivstationen

zum Jahreswechsel führen und steht so der Zielsetzung, das Gesundheitssystem zu entlasten,

entgegen.

**Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert, dass von einem generellen Verkaufsverbot von Pyrotechnik**

**Abstand genommen wird.**

**Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert, dass umfangreiche Kompensationen von Bund und Land**

**bereitgestellt werden, um den Erhalt der Arbeitsplätze zu sichern.**